

Pressemitteilung vom 8. September 2026
Ergebnisse der Mitgliederumfrage 2026

Einleitung

Die regionalen Wirtschaftsverbände haben auch in diesem Jahr ihre Mitgliederumfrage zur aktuellen Lage der Unternehmen in Biel und im Seeland durchgeführt. Ziel der Erhebung ist es, ein Wirtschaftsbarometer der regionalen Unternehmen zu erstellen und deren Einschätzungen zu zentralen wirtschaftlichen Themen einzuholen.

Die Umfrage 2026 untersuchte neben dem Geschäftsverlauf und der Rentabilität auch die Auswirkungen von Zöllen und der Wirtschaftsbeziehungen zur EU sowie die Belastung durch Bürokratie. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Personalsituation und der Lehrlingsausbildung. Dieser Teil wurde in Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern ausgestaltet, der die Umfrage in diesem Jahr als Partner begleitet hat.

201 Unternehmen nahmen an der Umfrage teil, so dass die Ergebnisse repräsentativ für das regionale Wirtschaftsgefüge sind. Die befragten Unternehmen sind in fast allen Branchen tätig und haben ihren Sitz in der Region Biel oder Seeland.

Das Wichtigste in Kürze

- Die regionale Wirtschaft stabilisiert sich nach einem schwächeren Vorjahr. Umsatz und Rentabilität entwickeln sich ausgeglichener, der Ausblick ist vorsichtig optimistisch.
- Bürokratie ist die grösste Sorge der Unternehmen. 77% fühlen sich stark belastet, und vier von fünf berichten von einem steigenden administrativen Aufwand in den letzten fünf Jahren. Gefordert wird in erster Linie der Abbau unnötiger Vorschriften, nicht nur deren Digitalisierung.
- 42% der Unternehmen sind von Zöllen betroffen, meist indirekt über Lieferketten und Kunden. Am häufigsten reagieren sie mit Preisanpassungen, viele warten aber noch ab.
- Der Personalbedarf steigt: 45,8% suchen aktuell Personal (Vorjahr: 39,1%). Die Rekrutierungsschwierigkeiten bleiben hoch, verschärfen sich aber nicht weiter.
- Mehr Unternehmen erhöhen ihre Investitionen, als sie reduzieren. Im Vordergrund stehen Digitalisierung und IT, gefolgt von Maschinen, Anlagen und Infrastruktur sowie Marketing und Vertrieb.

Wirtschaftliche Lage stabilisiert sich nach einem schwächeren Vorjahr

Die regionale Wirtschaft befindet sich weiterhin in einer Phase der Stabilisierung auf relativ tiefem Niveau. Knapp die Hälfte der Unternehmen (48,3%) verzeichnete 2025 einen Umsatz auf Vorjahresniveau. 28,9% erzielten ein besseres Ergebnis als 2024, während 22,9% einen Rückgang meldeten. Damit hat sich der Anteil der Unternehmen mit rückläufigem Geschäftsvolumen gegenüber dem Vorjahr (28,5%) leicht verringert.

Auch bei der Rentabilität zeigt sich eine Stabilisierung. Bei 50,7% der Unternehmen blieb das Rentabilitätsniveau 2025 ungefähr unverändert. 24,4% meldeten eine Verbesserung, während 24,9% eine Verschlechterung verzeichneten. Im Vorjahr hatten noch 30,4% der Unternehmen eine sinkende und lediglich 16,9% eine steigende Rentabilität ausgewiesen.

Die Rentabilität entwickelt sich damit deutlich ausgeglichener als im Vorjahr. Der Anteil der Unternehmen mit einer Verbesserung hat merklich zugenommen, während jener mit einer Verschlechterung zurückgegangen ist.

Vorsichtig optimistischer Ausblick für die kommenden zwölf Monate

Die Unternehmen beurteilen ihre Aussichten für die kommenden zwölf Monate positiver als in den beiden Vorjahren. Die Erwartungen für das Umsatzwachstum erreichen auf einer Skala von 1 bis 10 einen Mittelwert von 5,73. Im Vorjahr lag dieser Wert bei 5,25. Bei der erwarteten Rentabilität steigt der Mittelwert von 5,18 auf 5,54.

Beide Werte liegen damit über der neutralen Mitte der Skala. Die Unternehmen rechnen insgesamt eher mit einer leichten Verbesserung als mit einer Verschlechterung. Die Resultate sind jedoch nicht als Anzeichen eines bevorstehenden starken Aufschwungs zu verstehen. Ein grosser Teil der Antworten konzentriert sich weiterhin auf den mittleren Bereich der Skala. Die vorherrschende Haltung lässt sich deshalb am besten als vorsichtiger Optimismus bezeichnen.

Die Unternehmen gehen offenbar davon aus, dass sich das wirtschaftliche Umfeld langsam festigt. Gleichzeitig bleiben sie angesichts der internationalen Unsicherheiten, der Kostenentwicklung und der administrativen Belastung zurückhaltend.

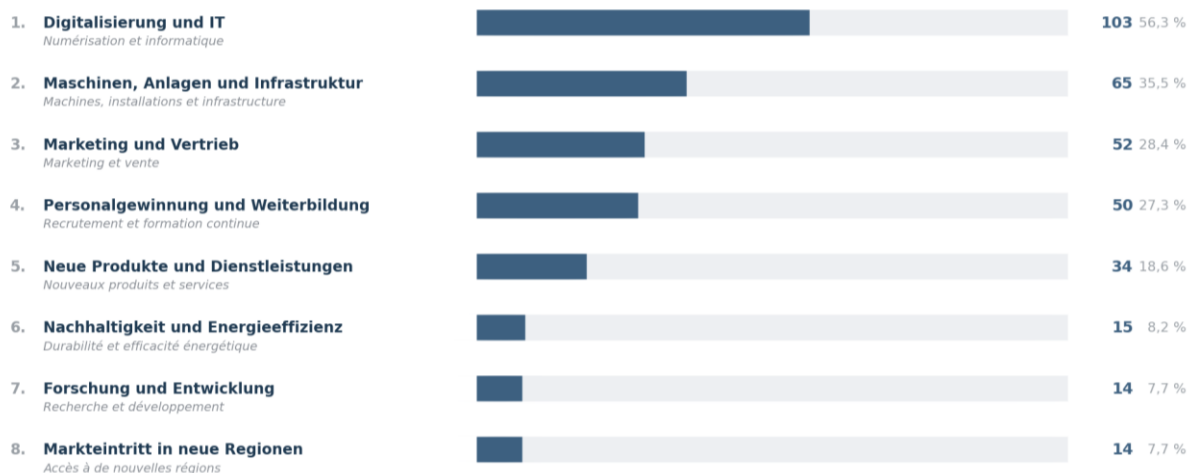
Investitionen bleiben solide und konzentrieren sich auf die betriebliche Leistungsfähigkeit

Auch die Investitionsbereitschaft vermittelt ein grundsätzlich stabiles Bild. 32,8% der Unternehmen erhöhen ihre Investitionen 2026 gegenüber dem Vorjahr. Bei 33,3% bleiben sie ungefähr gleich. 24,9% reduzieren ihre Investitionen und 9% tätigen keine Investitionen.

Damit gibt es mehr Unternehmen, die ihre Investitionen erhöhen, als solche, die sie reduzieren. Dies kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass ein grosser Teil der Betriebe trotz des anspruchsvollen Umfelds an seiner Weiterentwicklung festhält.

Die Investitionen fließen jedoch vor allem in Bereiche, die bestehende Prozesse verbessern und die betriebliche Leistungsfähigkeit sichern. Digitalisierung und IT stehen mit 56,3% deutlich an erster Stelle. Danach folgen Maschinen, Anlagen und Infrastruktur mit 35,5%, Marketing und Vertrieb mit 28,4% sowie Personalgewinnung und Weiterbildung mit 27,3%.

Weniger häufig wird in neue Produkte und Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung oder die Erschliessung neuer Märkte investiert. Das Investitionsprofil ist damit stärker auf Modernisierung, Effizienz und die Sicherung des laufenden Geschäfts ausgerichtet als auf eine ausgeprägte Expansion.

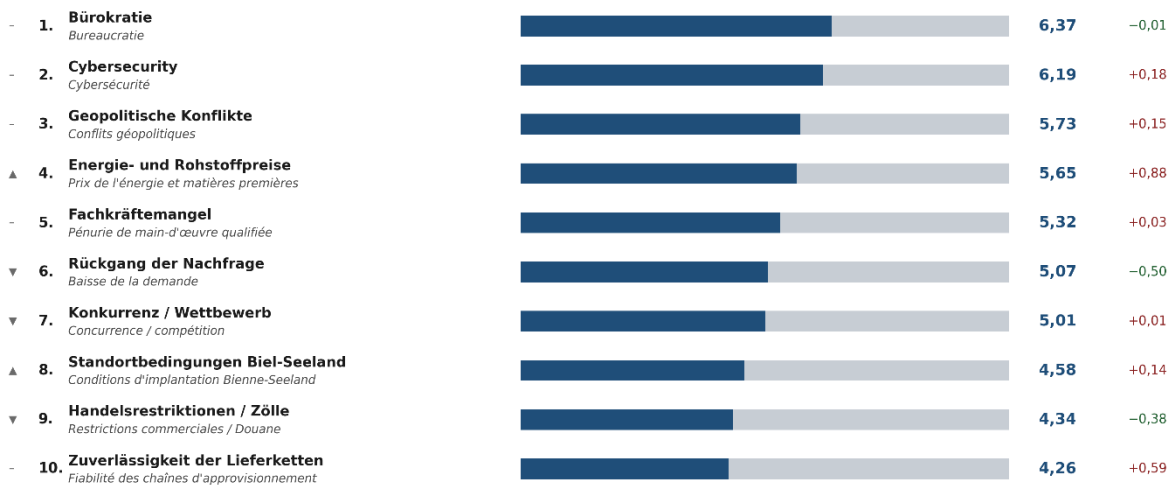


Grafik 1: Investitionsbereiche der Unternehmen im Jahr 2026

Bürokratie führt das Sorgenbarometer weiterhin an

Die grössten Sorgen bereiten den Unternehmen die Bürokratie (6,37 auf einer Skala von 1 bis 10), gefolgt von Cybersecurity (6,19) und den geopolitischen Konflikten (5,73). Den stärksten Anstieg verzeichnen die Energie- und Rohstoffpreise (5,65, +0,88 gegenüber dem Vorjahr) sowie die Zuverlässigkeit der Lieferketten (4,26, +0,59). Entspannung zeigt sich dagegen beim Rückgang der Nachfrage (5,07, -0,50) und bei den Handelsrestriktionen und Zöllen (4,34, -0,38).

Die Rangfolge zeigt, dass die Unternehmen sowohl durch interne und regulatorische Anforderungen als auch durch externe Unsicherheiten belastet werden. Bemerkenswert ist, dass die Bürokratie trotz zahlreicher internationaler Krisen weiterhin an erster Stelle steht. Administrative Belastungen werden von den Betrieben offenbar nicht als vorübergehendes Problem, sondern als dauerhafte strukturelle Herausforderung wahrgenommen.



Grafik 2: Sorgenbarometer 2026 mit Veränderung gegenüber dem Vorjahr

Mehr Unternehmen suchen Personal, die Rekrutierungsprobleme nehmen jedoch nicht weiter zu

45,8% der befragten Unternehmen sind aktuell auf Personalsuche. Im Vorjahr waren es 39,1%. Der Anstieg um 6,7% zeigt, dass der Personalbedarf trotz der insgesamt verhaltenen wirtschaftlichen Entwicklung zugenommen hat.

Die Schwierigkeiten bei der Rekrutierung haben sich dennoch nicht weiter verschärft. 34,8% der Unternehmen berichten von Problemen bei der Einstellung von Personal. Im Vorjahr waren es 35,7%. Die Kombination aus einer höheren Nachfrage nach Mitarbeitenden und einem nahezu unveränderten Anteil an Unternehmen mit Rekrutierungsschwierigkeiten deutet darauf hin, dass der Arbeitsmarkt zwar weiterhin angespannt ist, die Engpässe aber nicht flächendeckend zugenommen haben. Die Rekrutierungsschwierigkeiten verteilen sich auf zahlreiche technische, handwerkliche, administrative und leitende Funktionen.

Berufsbildung wird als strategische Aufgabe verstanden

41,3% der befragten Unternehmen bilden aktuell Lernende aus. 27,4% führen die Ausbildung ausschliesslich auf Deutsch durch, 11,4% auf Deutsch und Französisch und 2,5% ausschliesslich auf Französisch.

Die Gründe für die Ausbildung von Lernenden zeigen, dass die Berufsbildung von den Betrieben nicht primär als kurzfristige wirtschaftliche Massnahme verstanden wird. Für 81,9% steht die Sicherung des eigenen Nachwuchses im Vordergrund. 73,5% nennen die Verantwortung für die Berufsbildung, 71,1% den langfristigen Aufbau von Fachkräften und 60,2% den Beitrag zur Region und zur Gesellschaft.

Die Resultate machen deutlich, dass die Berufsbildung für viele Unternehmen ein wichtiger Bestandteil ihrer langfristigen Personalstrategie ist. Der wirtschaftliche Nutzen für den Betrieb wird mit 32,5% wesentlich seltener genannt. Die Unternehmen investieren somit auch dann in die Ausbildung, wenn daraus nicht unmittelbar ein finanzieller Vorteil entsteht.

Bei den Unternehmen ohne Lehrstellen fehlt es hingegen häufig an den notwendigen Kapazitäten. 49,2% nennen fehlende Ressourcen als Grund und 40,7% haben derzeit keinen entsprechenden Bedarf.

Suche nach Lernenden ist vor allem ein Qualitäts- und Zuordnungsproblem

Die Mehrheit der Ausbildungsbetriebe hat keine grundsätzlichen Schwierigkeiten, Lernende zu finden. 78,6% beantworten diese Frage mit Nein. 16,4% haben teilweise Mühe und 5% berichten von deutlichen Schwierigkeiten.

Bei den betroffenen Unternehmen liegt das Problem jedoch nicht nur in der Anzahl der Bewerbungen. 72,1% geben an, dass die eingegangenen Bewerbungen die Anforderungen nicht erfüllen. 53,5% erhalten zu wenige Bewerbungen und 37,2% beurteilen den jeweiligen Beruf als für Jugendliche wenig attraktiv.

Die Resultate weisen damit auf ein kombiniertes Mengen- und Zuordnungsproblem hin. Neben der Sichtbarkeit einzelner Berufe geht es auch darum, Jugendliche besser auf die Anforderungen der Lehrstellen vorzubereiten und Betriebe sowie geeignete Bewerberinnen und Bewerber gezielter zusammenzubringen.

Bei der zweisprachigen Ausbildung besteht Potenzial, aber auch konkreter Unterstützungsbedarf

20,4% der Unternehmen könnten sich grundsätzlich vorstellen, Lernende in beiden Sprachen auszubilden. Weitere 13,9% beantworten diese Frage mit «eher ja». 9,5% bilden nach eigenen Angaben bereits in beiden Sprachen aus.

Damit ist bei einem beträchtlichen Teil der Unternehmen eine grundsätzliche Offenheit für eine zweisprachige Ausbildung vorhanden. Gleichzeitig antworten 56,3% mit «Nein» oder «eher nein». Als grösstes Hindernis nennen 46,9% fehlende Sprachkompetenzen im Team. 31% sehen einen zusätzlichen Betreuungs- und Organisationsaufwand und 28,3% führen wirtschaftliche oder betriebliche Gründe an.

Zölle wirken häufig indirekt über Lieferketten und Kunden

42,3% der Unternehmen sind von bestehenden oder geplanten Zöllen betroffen. 10% sind direkt durch Import oder Export betroffen, weitere 32,3% indirekt über ihre Lieferketten oder Kunden.

Von den betroffenen Unternehmen haben 43,5% ihre Preise angepasst oder planen eine entsprechende Anpassung. 17,6% haben Lieferanten oder Absatzmärkte verändert und 15,3% Investitionen oder Projekte verschoben. Gleichzeitig haben 44,7% bislang keine Massnahmen ergriffen.

Die häufige Preisanpassung zeigt, dass ein Teil der zusätzlichen Belastungen an die Kundinnen und Kunden weitergegeben wird. Grössere strategische Veränderungen, etwa bei Lieferanten, Absatzmärkten oder Investitionen, sind dagegen weniger verbreitet. Viele Unternehmen scheinen die weitere Entwicklung zunächst abzuwarten.

Schweiz bleibt zentraler Markt, die EU ist wichtigster ausländischer Wirtschaftsraum

Für 95,5% der Unternehmen ist die Schweiz ein besonders wichtiger Wirtschaftsraum. An zweiter Stelle folgt die Europäische Union mit 35,3%. Die USA werden von 16,4%, China von 11,4% und Indien von 5% genannt.

Die starke Bedeutung der Schweiz entspricht der regionalen und mehrheitlich KMU geprägten Struktur der Stichprobe. Gleichzeitig liegt die EU deutlich vor allen anderen ausländischen Märkten. Sie bleibt damit für einen substanziellen Teil der regionalen Unternehmen der wichtigste internationale Wirtschaftsraum.

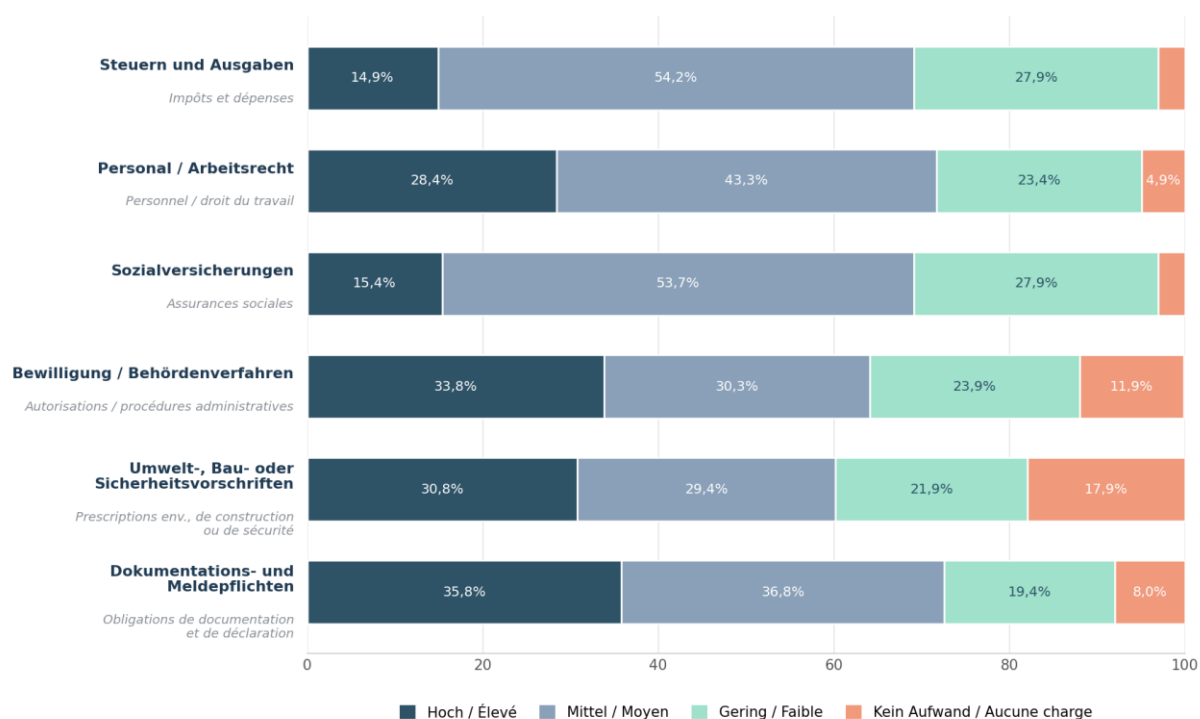
Bei der Bedeutung der Abkommen zwischen der Schweiz und der EU ergibt sich ein geteiltes Bild. 43,3% beurteilen diese als wichtig oder eher wichtig für die Entwicklung ihres Unternehmens. 52,3% messen ihnen keine oder eher geringe Bedeutung bei. Weitere 4,5% können die Frage nicht beurteilen.

Diese Aufteilung ist nicht zwingend ein Widerspruch zur hohen Bedeutung der EU. Viele regional ausgerichtete Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe sind nicht direkt im europäischen Markt tätig, können aber dennoch indirekt betroffen sein. Für exportorientierte Industrieunternehmen und Betriebe mit internationalen Lieferketten dürften stabile Beziehungen zur EU hingegen wesentlich bedeutender sein.

Administrative Belastung hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen

77,1% der befragten Unternehmen fühlen sich durch administrative Vorschriften und Bürokratie stark oder sehr stark belastet. Lediglich 22,9% empfinden die Belastung als eher gering oder kaum spürbar.

Der Aufwand verteilt sich auf zahlreiche Bereiche. Besonders häufig werden Dokumentations- und Meldepflichten, Personal und Arbeitsrecht, Steuern und Abgaben, Sozialversicherungen sowie Bewilligungs- und Behördenverfahren als aufwendig beurteilt. Die Belastung entsteht somit nicht durch eine einzelne Vorschrift, sondern durch die Summe verschiedener Anforderungen.



Grafik 3: Wahrgenommener administrativer Aufwand der Unternehmen nach Themenbereich

Besonders eindeutig ist die Einschätzung der Entwicklung über die vergangenen fünf Jahre. Bei 52,2% hat der administrative Aufwand eher zugenommen, bei weiteren 27,9% sogar stark. Insgesamt melden somit 80,1% eine Zunahme. Nur 2% stellen eine Abnahme fest.

Die Bürokratie ist damit nicht nur die aktuell grösste Sorge im Sorgenbarometer. Die Unternehmen erleben gleichzeitig eine klare Verschärfung über einen längeren Zeitraum. Dies dürfte insbesondere kleinere Betriebe treffen, da administrative Aufgaben dort auf weniger Personen verteilt werden können und direkt Zeit für das operative Geschäft beanspruchen.

Unternehmen wünschen in erster Linie weniger und einfachere Vorschriften

Bei den gewünschten Entlastungsmassnahmen steht der Abbau unnötiger administrativer Anforderungen mit 72,6% deutlich an erster Stelle. 51,2% wünschen eine Vereinfachung von Vorschriften und Meldepflichten, 46,8% eine stärkere Digitalisierung der Behördenprozesse.

Die Ergebnisse zeigen, dass Digitalisierung allein aus Sicht der Unternehmen nicht ausreicht. Bevor Prozesse digitalisiert werden, sollten unnötige Anforderungen entfernt und verbleibende Vorschriften vereinfacht werden. Ein komplizierter Prozess wird nicht automatisch weniger belastend, nur weil er online abgewickelt werden kann.

Gesamtbeurteilung

Die Mitgliederumfrage 2026 zeigt eine regionale Wirtschaft, die sich nach einem schwächeren Vorjahr stabilisiert. Umsatz und Rentabilität entwickeln sich ausgeglichener, die Aussichten haben sich verbessert und mehr Unternehmen erhöhen ihre Investitionen, als sie reduzieren. Von einem breiten Aufschwung kann dennoch nicht gesprochen werden. Die Erwartungen bleiben verhalten und die Investitionen konzentrieren sich vor allem auf Digitalisierung, Infrastruktur und die betriebliche Leistungsfähigkeit.

Gleichzeitig suchen deutlich mehr Unternehmen Personal. Die Rekrutierungsschwierigkeiten haben zwar nicht weiter zugenommen, der Fachkräftebedarf bleibt jedoch hoch und die Berufsbildung gewinnt weiter an Bedeutung.

Besonders belastend sind Bürokratie, Cybersecurity, geopolitische Konflikte sowie steigende Energie und Rohstoffpreise. Vier von fünf Unternehmen geben an, dass der administrative Aufwand in den vergangenen fünf Jahren zugenommen hat.

Insgesamt zeigt sich eine widerstandsfähige, aber vorsichtige regionale Wirtschaft. Für eine nachhaltige positive Entwicklung braucht sie verlässliche Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und ausreichend qualifizierte Fachkräfte.

Informationen zu den befragten Unternehmen

- Anzahl der versandten Formulare: 842
- Anzahl der gesammelten und bestätigten Formulare: 201 (24%)
- Tätigkeitsbereiche: Dienstleistungen (28,9%), Industrie (21,9%), Baugewerbe (17,9%), Sonstiges (15,9%), Informatik (7,5%), Detailhandel (6,5%), Gastronomie (1,5%)
- Personal: 38,8% beschäftigen weniger als 10 FTE, 40,8% zwischen 10 und 50 FTE, 10,9% zwischen 51 und 100 FTE, 6,0% zwischen 101 und 250 FTE und 3,5% mehr als 250 FTE

Kontakt für weitere Informationen:

- Gilbert Hürsch, Geschäftsführer Wirtschaftskammer Biel Seeland, huersch@wibs.ch
- Miriam Stebler, Präsidentin Bieler KMU, m.stebler@impirio.ch